

Windkraftpläne kontra Wallhecken

POLITIK Rat Jever zwiegespalten: SWG, FDP auf der einen, SPD, CDU und Grüne auf der anderen Seite



Weite, unverbaute Landschaft: Blick von Sandelermöns (vorn am Bildrand das Gartencafé De Boers) in Richtung Grappermöns, Hoyerskamp und Rispel (Landkreis Wittmund), Die Potenzialflächen liegen in Sandel, Cleverns-Nord und Cleverns-West.

BILD: UDO CREMER

Schwere Geburt nach zweieinhalb Stunden Diskussion: Politik will Windkraftpläne weiter verfolgen.

VON CORNELIA LÜERS

JEVER – Der Stadtrat Jever hat am vorigen Donnerstag entschieden: Eine Potenzialstudie soll als Grundlage für die Ausweisung weiterer Flächen für Windkraft in Jever herangezogen und das Verfahren zur 3. Änderung des Flächennutzungsplans weiter betrieben werden. Es war eine schwere Geburt nach zweieinhalb Stunden Diskussion:

Die Gemüter sind erhitzt, die Luft zum Schneiden, mehrfach mahnt Ratsvorsitzender Karl Oltmanns durchs Mikrofon den pünktlichen Beginn der Ratssitzung um 19 Uhr in Jever an. Die Schlange am Tresen ist noch lang, jeder Gast möchte noch ein kühles Getränk mit zum Platz nehmen. Mehr als 200 Bürger sind gekommen: Jeveraner, Sandeler, Cleverner, Sandelermönser und einige Windkraftgegner aus dem Wangerland. Viele Gesichter, die man noch nie in einer Ratssitzung in Jever gesehen hat. Es wird 19.13 Uhr, bis alle sitzen, der Ratsvorsitzende wird zum Laufburschen mit Mikrofon, damit die schlechte Akustik in der Einwohnerfragestunde die Stimmen nicht schluckt.

Ob die Auswirkungen des Infraschalls geprüft wurde, ob Sicherheitsaspekte hinsicht-

lich des Munitionsdepots berücksichtigt werden, was mit den Touristen sei, die man durch den Bau von Windkraftanlagen vergraulen? Die Liste der Fragen ist lang. Wenig Polemik, alle um Sachlichkeit bemüht. Gerhard Werber, früherer FDP-Ratsherr, bekommt für seine Frage donnernden Beifall der Gäste: „Wenn der Bau weiterer Windkraftanlagen rechtlich nicht notwendig ist, warum verfolgt die Stadt dieses Verfahren dann weiter? Wem nützt es?“

Elisabeth Schröder aus

Sandel kündigt an, sie werde alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, sollte sie aufgrund

„Drei
Windkraftanlagen
in 500 Meter
Abstand: Möchten
Sie so wohnen?“
MARGIT HANKEN

des Infraschalls gesundheits-schädigende Auswirkungen spüren. Knapp eine Stunde ist vergangen, als eine andere An-

wohnerin wissen will, ob es stimme, dass einer betroffenen Bewohnerin nahegelegt wurde, ihr Grundstück zu verkaufen und ihr im Gegenzug ein Bauplatz im Dorf angeboten wurde, wo eigentlich nicht gebaut werden darf. Die Fragen richten sich immer an den gesamten Rat, doch meist ist es der Bürgermeister, der dann in diesem Fall: „Ich habe dieses Angebot nicht gemacht, aber ich habe auch davon gehört, dass das so gewesen sein soll.“

Immer wieder versucht Jan Edo Albers zu vermitteln, erklärt zum Beispiel, dass für ein Flächennutzungsplanverfahren rechtlich gar keine Bürgerentscheidung vorgesehen ist. Dies hält einen Zuschauer nicht davon ab, die Ratssitzung als „Alibi-Veranstaltung“ zu bezeichnen. Wieder folgt der Hinweis, dass dies eine Ratssitzung sei, in der die von den Bürgern gewählten Ratsvertreter entscheiden. Albers' freundlichen Hinweis, dass „es keinen Dialog zwischen Rat und Bürgern geben darf“, verstehen schließlich alle.

Am Ende der Fragestunde wird es noch ein wenig emotional, als Margit Hanken aus Hoyerskamp sich mit einer direkten Frage an alle Fraktionsvorsitzenden wendet: „Drei Windkraftanlagen in 500 Meter Abstand: Möchten Sie so wohnen? Wie würden Sie sich fühlen?“ Die Reaktionen der Angesprochenen fallen ganz unterschiedlich aus. Während sich die CDU in Schweigen hüllt, erntet Heiko Schönbohm (SWG) für seine schnelle Antwort großen Beifall: „Für mich wäre das eine Zuumutung. So möchte ich nicht wohnen.“ Beate Zielke (Grüne) hingegen eiert etwas herum, die Frage könne sie so nicht beantworten.

Konsequent bricht Karl Oltmanns die Einwohnerfragestunde nach etwa genau 60 Minuten ab, sehr gesittet beginnt die politische Debatte. Dieter Janßen (SPD), der um eine sachliche Entscheidung wirbt, Udo Cremer (SWG), der die ausgewählten Standorte

bei den Vor-Ort-Besichtigungen für falsch gewählt und als „fast schon manipulativ“ bezeichnet, Udo Albers (SWG), der den Antrag stellt, die Potenzialstudie zurück in den Fachausschuss zu verweisen und schließlich Hendrik Theemann (FDP), der zum großen Energie-Rundumschlag ausholt und für seinen Satz „Es geht gar nicht darum, ob hier vor Ort Windkraftanlagen gebaut werden, wir müssen glauben denken“ entsetzte Blicke erntet. Kurz vor der Sitzung hatte die SWG dem Rat ein Rechtsgutachten vorgelegt, dem der Bürgermeister nach kurzem Studieren jedoch widerspricht. Vier verschiedene Anträge aus den Fraktionen liegen mittlerweile vor, kurz nach 21 Uhr wird die Sitzung kurz unterbrochen, um die Reihenfolge der Abstimmung zu besprechen. Nur 15 Minuten später folgt die zweite Unterbrechung zwecks kurzer Beratung. 21.32 Uhr geht es dann ganz schnell: Der Antrag der FDP und SWG auf Verfahrensaussetzung und Bürgerbefragung wird mit 20 Stimmen abgelehnt, der Beschlussvorschlag der Verwaltung, das Verfahren auf der Grundlage der Potenzialstudie weiter zu betreiben und ein Bürgerforum einzurichten (Antrag der Grünen) angenommen.

Die dritte Sitzungsunterbrechung folgt, damit die Leute den Saal verlassen können. Und das tun sie, Kopf schüttelnd, wütend, enttäuscht, diskutierend. Das Verfahren ist eröffnet, nun geht's in Runde zwei.

STIMMEN AUS DEM STADTRAT JEVER ZUM THEMA „WINDKRAFT“:

Jan Edo Albers (Bürgermeister): „Die Verwaltung hat ihren Job getan und nur den politischen Beschluss aus dem Jahr 2013 umgesetzt, nach dem eine mögliche Beteiligung der Stadt an erneuerbaren Energien geprüft werden sollte. Dass wir mit Eile vorgehen bei einer Potenzialstudie, die vier Jahre gedauert hat, kann sicher niemand sagen.“

Dieter Janßen (SPD): „Bei 150 Meter Höhe ist bei uns das Ende der Fahnenstange erreicht. Wir wollen keine Versärgelung, und es kann sein, dass nur ein Teilbereich bebaut wird – unsere Entscheidung ist noch offen.“

Beate Zielke (Grüne): „Das Bürgerforum, das nach den Sommerferien eingerichtet werden soll, bietet Befürwortern und Zweiflern gleichermaßen ein Forum. Bevor die Flächennutzungsplanänderung weiter betrieben wird, soll hier sachlich diskutiert werden.“

Udo Cremer (SWG): „Der Flächennutzungsplan ist ein reines Planungsinstrument, um Wildwuchs von Windkraftanlagen zu vermeiden. Es gibt Potenzialflächen, alles andere sind Ausschlussflächen. Jeder kann sich da reinklagen. Ich befürchte, es werden 200-Meter-Anlagen geplant.“

Udo Albers (SWG): „Heute Abend fällt ein Beschluss von enormer Tragweite. Das Mot-

to „Stadt und Land – Hand in Hand“ wird zur Farce, die Menschen im Außenbereich sind weniger wert als die in der Stadt. Und der Energiewende braucht in punkto Windstrom eine Pause, die Spatzen pfeifen es von den Dächern, aber der Rat will es nicht hören.“

Dr. Matthias Bollmeyer (CDU): „Durch Windenergie ergibt sich möglicherweise eine neue Einnahmequelle für die Stadt. Und der können wir eher zustimmen als der Streichung einer freiwilligen Leistung.“

Hendrik Theemann (FDP): „Wir sollten uns mehr Zeit lassen und das Thema zurück in den Fachausschuss geben.“ LIA

LESERBRIEFE

Zahlen müssen das alle Stromkunden

Betrifft: „Mitglieder erhalten hohe Auszahlung“, Ausgabe vom 21. Juni.

Stedesdorf sollte zum Wallfahrtsort erannt werden, wegen der windigen Wunder, die dort gefeiert werden. Trotz weniger werdenden Windes lieferten laut Bericht vom 21. Juni „zehn Windkraftanlagen... Strom für rund 20 000 Haushalte“. Woher kommt denn der Strom in Stedesdorf und umzu, wenn der Wind nicht oder nur schwach weht? Ganz einfach, aus dem Stromnetz, von Kohle- Gas- oder (noch) Atomkraftwerken, die alle Menschen und Fabriken der Republik rund um die Uhr verlässlich ohne den launischen Wind mit Strom versorgt, auch die Stedesdorfer. Nur mit etwa 14 Prozent ist die Windenergie an der Stromerzeugung in Deutsch-

land beteiligt.

Nicht bedarfsgerecht und überschüssig erzeugter Windstrom kann wegen fehlender Leitung nicht abgeführt werden. Nutzloser Windstrom wird an der Leipziger Strombörse verschenkt, bezahlbare und wirtschaftliche Speicher gibt es nicht. Das Stedesdorfer Wunder ist also gar keins, es ist die ständige Energiepropaganda, oder Volksverumdung, auch durch die dortigen Betreiber, die uns glauben machen wollen, es handle sich um eine „ökonomische“ Alternativenenergie. „Wunderbar“ hoch sind allerdings die Renditen von 13 Prozent, die mit der genossenschaftlichen Beteiligung an der Windstromerzeugung erreicht werden. Nur zahlen das letztlich alle Stromkunden, die mit der Umlage aus dem Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) mit

zurzeit 8,18 Cent, Mehrwertsteuer eingeschlossen, zusätzlich und zwangweise zu ihren Stromkosten belastet werden. Nur aus diesen enormen Subventionen speisen sich die hohen Renditen. Für einen Vierpersonenhaushalt kommen so leicht 400 Euro im Jahr zusätzlich zu den Stromkosten zusammen, der Strompreis wird durch die EEG-Zwangsabgabe beglückung noch weiter steigen.

Nur auf dem Rücken aller Stromkunden profitieren also die Windkraftbeteiligten in Stedesdorf, von der für 20 Jahre garantierten Einspeisevergütung des EEG. Das Gesetz ist eine Gelddruckmaschine. Ich halte das für unsozial, wenn nicht sogar für parasitär. Denn ganz nebenbei finden viele Stedesdorfer durch die Riesenwindmühlen keinen Schlaf mehr, und nicht

nur in Stedesdorf, sondern bundesweit auch an anderen Windkraftstandorten; die Proteste nehmen ständig zu. Von dieser Geldumverteilung von „unten nach oben“ von jährlich fast 30 Milliarden Euro aus der EEG-Zwangsabgabe profitieren auch einige Ratsmitglieder in Stedesdorf, die den Windpark durch eigene Ratsbeschlüsse erst möglich gemacht haben.

Die zahlreichen Handelsregisterauszüge für viele Windkraftorte, die ich eingesehen habe, machen erschreckend deutlich, wie sich gewählte Ratsmitglieder durch ihre eigenen Beschlüsse mit der Windenergienutzung selbst bereichert haben. Ich wundere mich nur, dass solche angeblichen „Volksvertreter“ wiedergewählt wurden.

Christiane Böök
Holtgast

BRIEFE AN DIE REDAKTION

Leserbriefe stellen die Meinung des Einsenders dar. Sie sind der Redaktion stets willkommen. Je kürzer ein Leserbrief, umso größer ist die Chance, dass er abgedruckt wird.

So kommen Ihre Briefe zu uns:

Anzeiger für Harlingerland, Am Markt 18,
26409 Wittmund, Fax: 0 44 62/989 199,
* @ redaktion@harlinger.de

Unverschämte gegenüber Bürgern

Betrifft: „Kreistag erhöht Entschädigungen deutlich“, Ausgabe vom 22. Juni.

Dass ihr Politiker euch nicht schämt. Bei jeder Tarifverhandlung im öffentlichen Dienst war das Gejammer groß, wer das denn bezahlen soll. In den vergangenen drei Jahren haben wir immer nur eine Erhöhung von etwas über vier Prozent bekommen, und das wurde auch noch aufgeteilt in zwei Schritten. Bei euch liest

man im Vorfeld nichts über eine geplante Erhöhung, nur wenn ihr es euch selber genehmigt habt. In diesen Jahr sind es unverschämte 26 Prozent. Aber auch hier bestand bei euch eine große Mehrheit, dieses zu genehmigen. Das ist in meinen Augen unverschämte gegenüber den Bürgern, von deren Steuer ihr schließlich bezahlt werdet. Verstehen muss man es ja nicht.

Helmut Falkenstein
Wittmund